

Durch Zuwanderung dem Arbeitskräftemangel begegnen

Gesellschaftspolitische und ethische Erwägungen



Andreas Fisch

Ausgehend von den zahlreichen pragmatischen Ausnahmen vom seit lange geltenden Anwerbestopp plädiert der Autor für eine geregelte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte. Dazu gehört vor allem eine Bedarfserhebung und gezielte Anwerbung; gegebenenfalls ließe sich auch die Umwandlung irregulärer Beschäftigung von illegalen Einwanderern in reguläre Beschäftigungsverhältnisse erwägen. Auf Dauer muss aber nach den Kriterien einer Christlichen Sozialethik der Arbeitsaufenthalt in Deutschland auch mit einem sicheren Bleiberecht und schließlich mit dem Recht auf Einbürgerung verbunden sein.

Ausländerkritische Reden – pragmatische Politik

Wer die Diskussionen der letzten Jahrzehnte über den Fachkräftemangel verfolgt hat, stellt fest, dass stets die gleichen Reiz-Reaktions-Muster ablaufen: Mehrere Wirtschaftsbranchen belegen einen Fachkräftemangel verbunden mit der Forderung nach Fachkräften aus dem Ausland. Manchmal weisen sie darauf hin, dass die gewünschten Fachkräfte Arbeitsplätze schaffen und ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisten würden, wenn der deutsche Staat sie nur ließe. Die regelmäßige Reaktion zur Abwehr dieser Forderungen lautet, lieber die eigenen Arbeitslosen zu qualifizieren und durch bessere Bildung Fachkräfte heranzubilden. Offensichtlich führten diese Vorschläge nie zu dem Erfolg, dass man sich dieselbe Diskussion in Zukunft ersparen könnte. Der Verdacht kommt auf, mit diesem Argument politisch doch eher ausländerfeindliche Ressentiments zu bedienen, anstatt den unternehmerischen und gesellschaftlichen Bedarf an Arbeitskräften ernst zu nehmen. An Ressentiments gegenüber auslän-

dischen Fachkräften gibt es scheinbar keinen Mangel.

Die Forderung nach Bildung ist zwar grundsätzlich richtig, jedoch keine Lösung für einen *akuten* Arbeitskräftemangel. Bildung fordert Unternehmen und Märkten viel Geduld ab, wenn „Humankapital“ erst in Jahren ausgebildet sein soll. Um kurzfristigen Bedarf zu decken, bleibt keine Alternative zur Zuwanderung, will man nicht negative wirtschaftliche Folgen in Kauf nehmen.

Wie scheinheilig die Debatte und wie pragmatisch die Politik ist, lässt sich exemplarisch belegen: Die Politik auf Bundes- und Landesebene verkündet bisweilen das eine – Anwerbestopp, Widerstand der CDU-regierten Länder gegen die sog. „Green Card“ für IT-Spezialisten – und tut pragmatisch das Notwendige zum Wohl des Landes: Die Folge sind ca. 35 Ausnahmen vom Anwerbestopp (1973), die meisten unter der Regierung Kohl eingeführt, und die dankbare Beschäftigung der angeworbenen IT-Spezialisten über-

wiegend in den CDU-regierten Bundesländern. Auch in Österreich ist diese Scheinheiligkeit 2006 an ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel aufgedeckt worden: Während der damalige Bundeskanzler offiziell erklärte, es gebe keinen Pflege-notstand im Land, behelfen sich seine Angehörigen aus Mangel an Alternativen mit irregulären Arbeitskräften bei der Pflege seiner Schwiegermutter.

Neu an der gegenwärtigen Debatte ist, in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund in die Forderung nach Qualifizierung einzubeziehen und sogar ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen und Berufsabschlüsse anzuerkennen. Letzteres vermeidet zudem die Abhängigkeit von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II – bei 300.000 geschätzten Personen, die von der Anerkennung ihrer Qualifikationen profitieren könnten – auch quantitativ beachtlich. Als Entwurf liegt derzeit ein Gesetz zur Anerkennung dieser Qualifikationen vor, das einen allgemeinen Anspruch auf Anerkennung schaffen könnte, sogar Verfahren zur Anerkennung von Qualifikationen bei verloren gegangenen